TOP 3.7.3 Bundes-Energieeffizienzpaket

1. Beschreibung der Problematik

Mit 31. Jänner 2013 endete die Begutachtungsfrist für das Bundes-Energieeffizienzpaket, das bereits seit Anfang März 2012 als Arbeitsentwurf des Wirtschaftsministeriums vorlag. Die AK hat dazu eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben.

2. Stand der Verhandlungen

Am 3. April 2013 wurde der Entwurf dem Ministerrat vorgelegt, im Rahmen der parlamentarischen Sondersitzung wurde er auch an den am selben Tag stattfindenden Wirtschaftsausschuss zugewiesen. Sofern die – aufgrund zahlreicher Verfassungsbestimmungen – erforderliche parlamentarische Zweidrittelmehrheit erreicht wird, soll das Energieeffizienzpaket wahrscheinlich im Juni im Wirtschaftsausschuss behandelt werden. Zwischen Begutachtungsentwurf und Regierungsvorlage wurden einige wichtige Änderungen vorgenommen, die nach Ansicht der AK einerseits zu einer Schwächung des Gesetzes geführt haben, andererseits weitere Zugeständnisse an die Wirtschaft erfolgt sind. Die AK hat dies medial stark kritisiert.

3. Position/Forderung der AK

Im Rahmen der Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf hat die AK folgende wesentliche Punkte vorgebracht:

Bundes-Energieeffizienzgesetz (Artikel 1 des Paketes)

Die AK unterstützt, dass mit dem Bundes-Energieeffizienzgesetz ein Rahmen geschaffen wird, der in hohem Maß auf ordnungsrechtlichen Verpflichtungen beruht und alle Energieträger vom Gesetz erfasst werden. Die AK hält es für erforderlich, dass zur Erreichung der Klima- und Energieziele im Jahr 2020 ein Endenergieverbrauch von 1100 Petajoule (PJ) erreicht werden muss, und daher dieses Ziel als Maß für das Gesetz dient. Die Erreichung dieses Ziels wird nicht nur durch die Festlegung eines „relativen Ziels“ (200 PJ-Ziel) geschwächt, sondern auch durch die Herausnahme des Verkehrssektors aus der Berechnungsbasis – immerhin fast ein Drittel des österreichischen Energieverbrauchs – und durch die unscharfe Abgrenzung gegenüber anderen Bereichen der Energieeffizienzmaßnahmen, die nicht durch dieses Gesetz ausgelöst werden (z.B. Wohnbauförderung). Wichtig aus Sicht der AK ist, dass das Gesetz alle Energieträger erfasst.

Der Entwurf sieht vor, dass energieverbrauchende Unternehmen und Energielieferanten an Stelle des Setzens von verpflichtenden individuellen Maßnahmen ihre Pflicht zur Verbesserung der Energieeffizienz durch Zahlung eines Ausgleichsbetrages erfüllen können. Diesem Ausgleichssatz (Höhe des spezifischen Ausgleichsbetrags) kommt eine zentrale Rolle als Stellschraube für die Wirksamkeit des Gesetzes zu. Seine Höhe entscheidet, wie viele Unternehmen tatsächlich Maßnahmen setzen. Wegen dieser zentralen Rolle des Ausgleichssatzes sollte ein Mechanismus vorgesehen werden, mit dem die Höhe des Ausgleichssatzes in Abhängigkeit von der Menge der im Vorjahr tatsächlich durchgeführten Energiemaßnahmen nachjustiert wird sowie eine zeitliche Begrenzung der Ausgleichszahlungen auf zwei Jahre.

Ausdrücklich begrüßt wird der Vorschlag, dass sicherzustellen ist, dass 40% der Energieeffizienzmaßnahmen bei Haushalten wirksam werden sollen sowie die Gewichtung von Maßnahmen, die im Bereich einkommensschwacher Haushalte gesetzt werden, mit dem Faktor 1,5.

In den Artikeln 2 bis 8 finden sich im Wesentlichen Änderungen für zwei Teilbereiche:

Förderbereich

- Zusätzliche Fördermittel für den Wärme- und Kälteleitungsausbau in Höhe von rund 20 Mio. Euro
- Investitionszuschüsse bzw. Betriebsbeihilfen für hocheffiziente Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen (KWK-Anlagen) in Höhe von insgesamt 50 Mio. Euro
- Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen von kleinen und mittleren Unternehmen in Höhe von 20 Mio. Euro

Änderungen im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG 2010) und im Gaswirtschaftsgesetz (GWG 2011)

- Möglichkeit des elektronischen Lieferantenwechsels, Einrichtung einer Wechselplattform
- Konkretisierungen bei der Stromkennzeichnung und den Herkunftsnachweisen
- Klarstellungen bei den Rechten der KonsumentInnen, insbesondere im Bereich der Grundversorgung und des qualifizierten Mahnverfahrens
- Anpassungen im Bereich Smart Metering

Im Bereich der Förderungen sieht die AK als zentral an, dass Fördermittel effizient eingesetzt, gedeckelt und zeitlich begrenzt werden, um überbordende Förderungen zu verhindern. Kosten und Nutzen der Förderungen sind verursachungsgerecht zu verteilen.

Die Regierungsvorlage wurde in folgenden wesentlichen Punkten gegenüber dem Begutachtungsentwurf abgeändert.

Im Bereich des Energieeffizienzgesetzes: Die gesamthafte Zielsetzung des Endenergieverbrauchs von 1100 PJ im Jahr 2020 oder die Verbrauchsreduktion um 200 PJ findet sich in der Regierungsvorlage nicht mehr. Stattdessen soll das Gesetz lediglich eine Reduktion des Energieverbrauchs um 70 PJ auslösen. Weiters: Es gibt keine ausreichende Festlegung, dass die Ausgleichsbeträge ausschließlich für die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen eingesetzt werden. Trotz unklarer Regelung in der Regierungsvorlage lässt sich erkennen, dass die Ausgleichsbeträge ins allgemeine Budget fließen sollen. Der Wirtschaftsminister kann von 2015 bis 2020 zur Förderung für Energieeffizienzmaßnahmen auf Bundesmittel zurückgreifen – und zwar gestaffelt, von 2015: 100 Mio. Euro dann jeweils jährlich um 20 Mio. Euro reduziert, d.h. 2020 dann nur 20 Mio. Euro. Weitere Mittel sind zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend und dem Bundesministerium für Finanzen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel festzulegen. Die Höhe des Ausgleichssatzes wurde in der Regierungsvorlage festgelegt – was grundsätzlich positiv ist. Allerdings ist er nach Einschätzung der AK viel zu niedrig, so dass die Verpflichteten kaum selbst Maßnahmen setzen werden und stattdessen Ausgleichsbeiträge in hohem Umfang zahlen werden; es könnten bereits im ersten Jahr rund 180 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen anfallen, die dann ins allgemeine Budget fließen würden. Die AK ist strikt gegen diese Änderung, da die Kosten für die Ausgleichszahlungen zu einem erheblichen Teil an die KonsumentInnen abgewälzt werden, die KonsumentInnen aber nicht von den Energieeffizienzmaßnahmen profitieren werden. Nach Ansicht der AK hätte dies die Wirkung einer Massensteuer.

Im Bereich der Förderungen herrscht weiterhin eine Schieflage vor: 20 Mio. Euro, aus nicht verwendeten KWK-Fördergeldern (diese wurden zur Hälfte von den Haushalten aufgebracht), erhalten KMU für die Förderung von Energieberatung. Die geforderte Deckelung der Mittel für die Betriebsbeihilfen für bestehende KWK-Anlagen findet sich nur in den Erläuterungen. Von den Mitteln in Höhe von 14 Mio. Euro (aufgebracht aus der Ökostrompauschale) fließt der überwiegende Teil in Form von Investitionszuschüssen in den industriellen KWK-Bereich. Weitere 2 Mio. Euro davon kommen in Form von Betriebsbeihilfen dem GuD Kraftwerk in Mellach zugute.